

**Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Mess Barry, parteilos/Daniel Egloff, PdA):
Bessere Unterstützung von Migrantinnen und Migranten beim Spracherwerb**

Die Integration in der Schweiz stellt Migrantinnen und Migranten vor grosse Herausforderungen. Jedoch ist das Beherrschen einer Landessprache die Grundvoraussetzung um sich an einem Ort zu integrieren d.h. um sich mit den Nachbarn auszutauschen, um mit den Lehrpersonen der eigenen Kinder zu sprechen, um beruflich weiter zu kommen...

Gerade für letzteres reichen rudimentäre und rein mündliche Sprachkenntnisse nicht aus. Die Arbeitgeber verlangen Deutschkenntnisse, welche mindestens dem Niveau B1 und höher entsprechen. Jedoch gibt es keine günstige Angebote welche über A2 hinausgehen. Die Sprachkurse mit Zertifizierung ab Niveau B1 werden nur von privaten Anbietern angeboten und kosten sehr viel (Bsp: Migros-Klubschule Deutsch B1 ca. Fr. 2220.00). Dies ist gerade für Migrantinnen und Migranten in prekären finanziellen Situationen unbezahlbar. Ein Teufelskreis, der Durchbrochen werden muss. Bildung ist eine staatliche Aufgabe und daher liegt es auch an der öffentlichen Hand dafür zu sorgen, dass der Zugang zu solch grundlegenden Kenntnissen vorhanden ist.

Es ist deshalb unumgänglich, dass die Stadt Bern für fremdsprachige Menschen mit tiefen Einkommen, die in der Stadt Bern wohnen, Deutschkurse bis mindestens Niveau B2 (inklusive Zertifizierung) ermöglicht und zwar nicht nur für SozialhilfeempfängerInnen sondern möglichst niederschwellig.

Begründung für Dringlichkeit

Viele Menschen haben den A1-Deutschkurs abgeschlossen, aber leider verlangt man in Arbeitsmarkt B1 und darum ist es dringend notwendig, dass möglichst schnell B1-Niveau angeboten wird. Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 18. Juni 2015

Erstunterzeichnende: Mess Barry, Daniel Egloff

Mitunterzeichnende: Christa Ammann, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Luzius Theiler

Antwort des Gemeinderats

Mit der Motion wird gefordert, dass die Stadt Bern für fremdsprachige Menschen mit tiefem Einkommen Deutschkurse bis mindestens Niveau B2 ermöglicht, nicht nur für Sozialhilfeempfangende, sondern möglichst niederschwellig. Dabei handelt es sich um eine Massnahme zur Förderung der Integration. Für die Umsetzung von Integrationsmassnahmen ist der Gemeinderat zuständig. Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten.

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Motionäre und Motionärinnen: Gute Kenntnisse in der lokalen Landessprache (in der Stadt Bern also Deutsch) sind für die Integration, insbesondere für die Integration in den Arbeitsmarkt, zentral. Das Niveau A2 ist in vielen Fällen nicht ausreichend, nicht einmal mehr für niederschwellige Arbeitsfelder. Für qualifiziertere Arbeit, insbesondere aber für die Berufsbildung sind bessere Deutschkenntnisse unabdingbar. Berufsbildung und qualifizierte Arbeit bilden einen Grundstein zur Verhinderung von oder Ablösung von der Sozialhilfe. Dies gilt es unbedingt zu fördern.

Der Kanton subventioniert Kurse ab Niveau Alphabetisierung bis und mit C1. Es ist jedoch richtig, dass insbesondere die subventionierten Angebote für höhere Niveaus und Schnelllernende nicht ausreichend sind.

Im Kanton Bern ist hauptsächlich die Erziehungsdirektion (ERZ) für die Steuerung des Sprachkursangebots Deutsch und Französisch (Niveaus/Berücksichtigung Regionen) sowie die Subventionierung von Kursen zuständig. Seit 2015 läuft - ebenfalls unter Federführung der ERZ - das Projekt IDIKO-S (Interdirektionale Koordination Sprachförderung). Dies hat zum Ziel, alle Kursangebote sowie Zielgruppen sozusagen unter einem Dach zu vereinen, respektive Steuerung und Subventionierung von einer Stelle aus abzuwickeln. Bislang waren dafür auch andere kantonale Direktionen zuständig, je nach Zielgruppe (Asylbereich, Erwerbslose, vorläufig Aufgenommene, anerkannte Flüchtlinge, Sozialhilfebeziehende, weitere Personen des Migrationsbereichs). Die beteiligten Direktionen sind alle in IDIKO-S vertreten. Das Kompetenzzentrum Integration (KI) der Stadt Bern ist als Mitglied des Fachrats für Weiterbildung der ERZ an IDIKO-S ebenfalls beteiligt. Per 2016 wurde der Bedarf erstmals zentral erhoben und die Angebote entsprechend angepasst.

Zudem hat die ERZ eine Web-Plattform entwickelt, worauf alle Sprachangebote (Deutsch/Französisch) ersichtlich sind, ob subventioniert oder nicht. Weiter können hier auch Angebote aus dem Freiwilligenbereich (zum grössten Teil kostenlos) aufgenommen werden. Die Aufschaltung ist im 1. Quartal 2016 geplant.

Diese Massnahmen stellen eine Verbesserung des Angebots dar. Ob sie genügen, wird von den zuweisenden Organisationen, den Integrationsstellen und den Anspruchsgruppen selber geprüft werden. Angesichts des zunehmenden Bedarfs - nicht zuletzt aufgrund der Einführung des kantonalen Integrationsgesetzes - muss mit einem weiteren Ausbau gerechnet werden. Der Gemeinderat wird diese Entwicklungen beobachten und sich entsprechend bei den beteiligten Stellen einbringen.

Dem Gemeinderat ist bekannt, dass auch subventionierte Kurse für Personen in prekären finanziellen Verhältnissen teuer sind. Er ist daher bereit, Möglichkeiten zu prüfen, um solche Personen finanziell zu unterstützen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Folgen für das Personal sind abhängig von der Umsetzung. Die Folgen für die Finanzen sind heute noch nicht abschätzbar. Zu gegebener Zeit wird dem finanzkompetenten Organ ein entsprechender Beschluss zum Entscheid zu unterbreiten sein.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 16. Dezember 2015

Der Gemeinderat